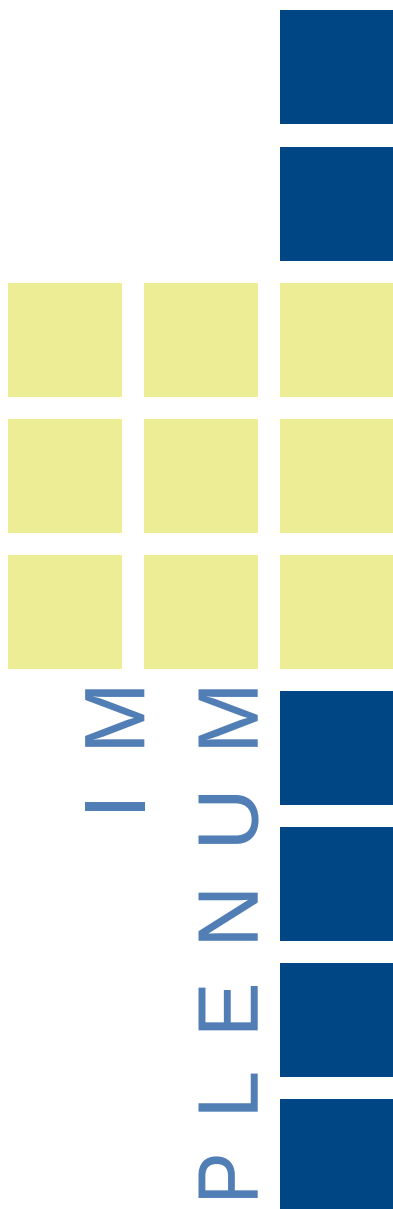




IN DER KRISE LIEGT DIE CHANCE

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS
(INTER)NATIONALES ORDNUNGSMODELL?!

Taavi Veskimägi | Norbert Röttgen
Rolf J. Langhammer | Wolfgang Huber

ISBN 978-3-940955-81-4

www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um überarbeitete Reden, die im Rahmen der von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und der Stiftung Wissenschaft und Politik durchgeführten Podiumsdiskussion „In der Krise liegt die Chance: Die Soziale Marktwirtschaft als (inter)nationales Ordnungsmodell?!“ am 19. März 2009 in Berlin gehalten wurden.

REDAKTION

*Christina Langhorst,
Koordinatorin Internationale Wirtschaftspolitik, Hauptabteilung
Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin*

*Susanna Vogt,
Referentin Globale Wirtschafts- und Sozialordnung, Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Berlin*

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfotos:

*© fotolia | Archiv für Christlich-Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Fotos Innenteil: Christian Echle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Druck: Druckerei Paffenholz GmbH, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-81-4

INHALT

5 | VORWORT

Michael Thielen

IN DER KRISE LIEGT DIE CHANCE: DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS (INTER)NATIONALES ORDNUNGSMODELL?!

9 | REDEBEITRAG VON TAAVI VESKIMÄGI

15 | REDEBEITRAG VON NORBERT RÖTTGEN

23 | REDEBEITRAG VON ROLF J. LANGHAMMER

29 | REDEBEITRAG VON WOLFGANG HUBER

36 | AUTOREN

36 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



*Michael Thielen
Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

VORWORT

Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte am 19. März 2009 im Rahmen einer Fachkonferenz mit der Stiftung Wissenschaft und Politik eine Podiumsdiskussion zum Thema „In der Krise liegt die Chance: Die Soziale Marktwirtschaft als (inter)nationales Ordnungsmodell?!“ durch. In dem vorliegenden Band sind die Redebeiträge der vier Diskussionsteilnehmer Taavi Veskimägi, Dr. Norbert Röttgen, MdB, Prof. Dr. Rolf J. Langhammer sowie Bischof Dr. Wolfgang Huber dokumentiert.

Im Titel der Veranstaltung finden sich sowohl ein Frage- als auch ein Ausrufezeichen wieder. Beide Satzzeichen sind von Belang: Das Fragezeichen nicht nur, weil es uns allen – Experten wie Laien – in diesen Wochen und Monaten geradezu ins Gesicht geschrieben steht. Sondern auch, weil weltweit Grundlagen der Wirtschaftsordnung zur Disposition zu stehen scheinen. Das Ausrufezeichen deshalb, weil wir als Konrad-Adenauer-Stiftung überzeugt davon sind, dass national wie international die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in der Krise und über sie hinaus ein guter Kompass in der Unübersichtlichkeit dieser Zeit sind. Im Rahmen der Diskussionsveranstaltung wurde beides – die Fragen und die Überzeugungen – diskutiert.

Gerade in Zeiten der Krise entsteht viel Neues, das seine wirkliche Bedeutung oft erst im späteren Rückblick offenbart. Das gilt zum Beispiel für Innovationen im unternehmerischen Bereich: Im zeitlichen Gefolge der Ölkrise gründete Bill Gates Microsoft, Google trat seinen Siegeszug inmitten der Internetkrise an. Auch wichtige politische Innovationen

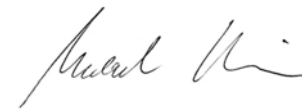
verdanken nicht selten ihre Schubkraft der Reaktion auf ein Krisenschehen. Die aktuelle Krise hat die G20 als informelles Gremium völlig unverhofft auf eine Ebene gehoben – und dieser Staatengruppe Legitimität verschafft – die dieser Club zuvor nicht hatte. Noch vor wenigen Monaten standen die G7 oder G8 im Vordergrund. Inzwischen sitzen die wichtigen Schwellenländer wie selbstverständlich mit am Tisch.

Nun kann es nicht darum gehen, sich die verheerenden Wirkungen dieser Finanz- und Wirtschaftskrise schön zu reden. Sie vernichtet täglich immense materielle und immaterielle Werte und bedroht persönliche Existenzen, sie verunsichert und zerstört Vertrauen – im Kleinen wie im Großen. Dennoch: Es gibt auch in dieser Krise – national wie international – gute Nachrichten, die bei aller Ungewissheit Hinweise darauf sind, wie unser Land und die Weltwirtschaft gestärkt daraus hervorgehen können. Und diese Umrisse haben viel zu tun mit den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft:

- Der Stellenwert, der national und international Mechanismen wie Transparenz, wie Haftung und Verantwortung zugesprochen wird – also Grundelementen eines funktionsfähigen Marktes – ist gewachsen.
- Die Wertschätzung, die der Staat als Garant von Markt und Wettbewerb erfährt, bietet die Chance auf eine neue ordnungspolitische Balance, in der der Staat weder unter Generalverdacht noch unter Interventionismusdruck steht.
- Der Schub, den nach der wirtschaftlichen Globalisierung jetzt auch die politische Globalisierung im Sinne der internationalen Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erfährt, ist unumkehrbar. Die protektionistische Versuchung ist sicher nicht gebannt, aber sie hat nicht die Lufthoheit.
- Die Neubesinnung darauf, dass der Markt ein unentbehrliches Instrument, aber nicht der Zweck der Wirtschaftsordnung ist, schafft Raum für an Nachhaltigkeit orientierte wirtschaftliche Leitbilder.

Es gibt also durchaus Gründe dafür, die Weiterentwicklung der internationalen Wirtschaftsordnung mit Zuversicht anzugehen. Und es gibt Gründe, im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft wichtige Prinzipien dafür zu suchen. Nicht im Sinne einer Blaupause, die in ihrer institutio-

nellen Ausprägung in Deutschland eins zu eins auf andere Länder oder die Weltwirtschaft umzusetzen wäre. Sondern als ein europäischer Ordnungsgedanke, der wirtschaftliche Freiheit, verantwortliches Handeln und soziale Gerechtigkeit konzeptionell zusammen bringt. Dazu brauchen wir auf europäischer und internationaler Ebene Mitstreiter für eine neue Global Governance. Deshalb engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland und weltweit, um im Dialog mit Schwellen-, Entwicklungs- und Industrieländern die internationale Ordnungspolitik weiterzuentwickeln. Dieser Dialog ist heute weltweit wichtiger denn je und dazu möchten wir einen Beitrag leisten.



Michael Thielen

Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REDEBEITRAG VON TAAVI VESKIMÄGI



*Taavi Veskimägi
Mitglied des estnischen
Parlaments, ehemaliger
Finanzminister Estlands*

Wir müssen feststellen, dass der Mythos wirtschaftlichen Wachstums und schneller Konvergenz zerbrochen ist. Wenn man auf der Welt nach Beispielen sucht, bei denen die wirtschaftliche Lage schlechter ist als schlecht, stehen die Länder Mittel- und Osteuropas (MOE-Länder) an erster Stelle. Behandelt man die MOE-Länder als einheitliches Ganzes, zeigt sich einmal mehr, wie wenig auf der ökonomischen Weltbühne von heute die Grundlagen betrachtet werden und wie viel einfach auf Emotionen und Mythen basiert.

Wirtschaft gründet sich überwiegend auf Vertrauen und Emotionen. Es ist zuzugestehen, dass weltweit heute kein Vertrauen in die MOE-Länder besteht und diesbezügliche Emotionen meistens negativer Art sind. Diese Einstellung schafft für die MOE-Länder Fakten. Und wie wir alle wissen ist das Ändern von Einstellungen die schwierigste aller Aufgaben. Welche Ereignisse könnten die Welt dazu bringen, ihre Meinung zu ändern? Einzig Slowenien und die Slowakei stechen aus der Staatengruppe hervor, weil sie Vollmitglieder der Europäischen Währungsunion sind. So ist eine Möglichkeit für die MOE-Länder, ihre negative Bewertung zu durchbrechen und sich wieder für Kapital attraktiv zu machen, die Maastrichter Konvergenzkriterien zu erfüllen und den Euro einzuführen. Dies könnte die Märkte dazu bringen,

ihr Urteil zu ändern. Die Regel für die MOE-Länder könnte sein: Sei anders oder sterbe!

EUROPÄISCHE INTEGRATION ALS SCHLÜSSEL

Die zweite Möglichkeit hat denselben Ursprung – aus der verbesserten Integration Europas. Wie immer auch die Rhetorik sein mag, wir leben in einer Welt, in der Grenzen gezogen werden und Protektionismus wächst. Staaten und Politiker sind wieder zentral für die Wirtschaft geworden. Erfolg oder Misserfolg von Politikern wird bei Wahlen in deren Heimatländern gemessen. Das Ergebnis von wachsendem Staatskapitalismus ist wachsender Protektionismus. Die Chance der MOE-Länder, die nächste Stufe der Wohlstandskonvergenz zu erreichen, kommt von einem föderalen Europa. Das gemeinsame Interesse der MOE-Länder muss ein föderaleres Europa und die schnelle Ratifizierung des Lissabonner Vertrages sein. Die MOE-Länder sollten der Motor und nicht die Bremse dieses Prozesses sein.

Obwohl die Märkte Osteuropa als eine wirtschaftliche Einheit behandeln, ist jedes Land in der Region anders. Deshalb möchte ich einige wichtige Bemerkungen zur Situation im Baltikum im Allgemeinen und in Estland im Besonderen machen. Auch in den baltischen Staaten ist die Lage in jedem Staat unterschiedlich. Zum Beispiel trägt Estland zusammen mit anderen Gebern zur Rettung Lettlands bei. Aber man muss feststellen, dass außerhalb des Baltikums niemand Lettland, Litauen und Estland separat betrachtet, sondern es wird nur ein Baltikum wahrgenommen.

WACHSTUM DURCH KAPITALIMPORT

Finanziert wurde die Dynamik der Wohlstandskonvergenz der baltischen Staaten in den letzten fünf Jahren in großem Umfang durch Kapitalimport und nicht durch Produktivitätswachstum. Diese Gesellschaften haben jetzt riesige Auslandsschulden im Verhältnis zu ihrem Vermögen, das schnell an Wert verliert. In einzelnen Staaten wird die Lage durch niedrige Schuldenlasten des staatlichen Sektors etwas ausgeglichen, die z. B. in Estland 3,7 Prozent des BIP betragen.

Solch ein Modell einer wachstumsorientierten Wirtschaft verlangt konstanten Kapitalzufluss. Offensichtlich kommt heute kein Geld mehr aus dem Ausland. Die heimischen Geschäftsbanken und Staaten sind, wie



Die vier Teilnehmer der Podiumsdiskussion mit Michael Thielen, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (v.l.n.r.: Prof. Dr. Rolf J. Langhammer, Bischof Dr. Wolfgang Huber, Taavi Veskimägi, Dr. Norbert Röttgen, MdB, Michael Thielen)

die Lage in Lettland zeigt, nicht fähig, Geld auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Ausländische Banken haben bei der Kreditvergabe die Bremsen angezogen, weil sie große Verluste im Kreditgeschäft und Wechselkursänderungen befürchten. Zum Beispiel wird für 2009 prognostiziert, dass der Kreditbestand in Estland um etwa zehn Prozent sinken wird. Aus der Wirtschaft wird mehr Geld abgezogen als investiert. Da gibt es nur eine Schlussfolgerung für die baltischen Staaten: Kreditfinanziertes Wirtschaftswachstum ist im Baltikum in den nächsten fünf Jahren nicht in großem Umfang über Geschäftsbanken möglich. Umgekehrt wird dies erschwert durch wachsenden Protektionismus beim Kapital, weil die meisten Geschäftsbanken in Europa und Amerika wahrscheinlich am Ende dieser Krise unter direkter oder indirekter Kontrolle der Steuerzahler arbeiten werden. Stecken die Steuerzahler ihr Kapital in eine Bank, erwarten sie zu Recht, dass das Geld wieder in ihre Volkswirtschaften fließt und nicht zur Unterstützung fremder Volkswirtschaften genutzt wird. Aber eine Wirtschaftsentwicklung ohne Kapital gibt es nicht.

SCHWIERIGE WECHSELKURSSITUATION

Spricht man heute über die Lage im Baltikum, kommt man nicht umhin, das Thema Wechselkurse anzusprechen. Am besten ist die Lage in Estland, wir haben ein fixes Währungssystem, das das im Umlauf befindliche Geld vollständig mit Währungsreserven abdeckt – neben weiteren Reserven –, und ein Abkommen mit Schweden, das alle Einlagen an estnischen Kronen mit Währungsreserven tatsächlich abdeckt und auch in schwierigen Momenten volle Konvertibilität garantiert. Offenbar ist die Wettbewerbsfähigkeit der Realwirtschaft ein riesiges Problem, weil der Wechselkurs aller wichtigen Exportmärkte gegenüber dem Euro deutlich gefallen ist und die estnische Krone einen festen Wechselkurs zum Euro hat. Das Verhältnis von Arbeitskosten und Produktivität in Estland zeigt, dass es, falls wir den Wechselkurs behalten, notwendig ist, die Ausgaben um mindestens 30 Prozent zu senken, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder herzustellen. Wir haben schon das erste positive Signal von der Regierung. Im Februar 2009 hat das estnische Parlament einen Nachtragshaushalt angenommen, der die Staatsausgaben um drei Prozent des BIP reduziert. Es gibt drei Gründe dafür: Erstens, um zur Anpassung der Wirtschaft beizutragen; zweitens, um eine Situation zu vermeiden, bei der Ausgaben mit Krediten finanziert werden; drittens, um das Haushaltsdefizit in 2009 unter drei Prozent zu halten und alle Konvergenzkriterien im zweiten Halbjahr 2009 zu erreichen.

Betrachtet man die Wechselkurslage, so befindet sich Lettland in der schwierigsten Situation im Vergleich der baltischen Länder. Lettland braucht weitere Mittel zur Rettung der heimischen Geschäftsbanken, um den gegenwärtigen Lats-Korridor von maximal ein Prozent zu halten und das Haushaltsdefizit zu finanzieren, das sich als riesig herausstellt.

ERHÖHTER REFORMDRUCK

Zusammenfassend stellt sich die Lage im Baltikum als kompliziert dar. Aber jede Krise bietet die Möglichkeit zu Änderungen, die in guten Zeiten nicht möglich wären. Die Lösung ist kein um 30 Prozent niedrigeres Wohlstandsniveau in diesen Ländern. Was wir brauchen sind Strukturänderungen in der Gesellschaft, um neue Wachstumsbedingungen zu schaffen. Estland braucht nicht einzelne Reformen, sondern ein Paket von Reformen der dritten Generation, die auf größere Kosteneffizienz und effizientere Ressourcenallokation abzielen. Wir können uns keinen große-

ren Staatsanteil leisten, der höhere Steuerlasten oder Schulden bedeuten würde, gerade vor dem Hintergrund einer schnell alternden Bevölkerung. Zugleich müssen wir für Kapital attraktiv sein.

Es ist notwendig, sich besonders auf diejenigen Bereiche zu konzentrieren, in denen wir die höchsten Ausgaben im Staatshaushalt haben. Fünfundzwanzig Prozent der Ausgaben gehen in zwei Bereiche: Soziale Sicherung (einschließlich Pensionen und Sozialleistungen) und Gesundheitswesen. Ohne Veränderungen auf diesen Gebieten ist es nicht möglich, nachhaltige Staatsfinanzen aufrecht zu erhalten. Bisher hat die Krise gezeigt, dass die Märkte Vertrauen in die Staaten haben. Die Rolle des Staates wächst signifikant, besonders in den so genannten „Aufholwirtschaften“, wo er die treibende Kraft der Gesellschaft wird. Das bedeutet einen aktiveren Staat, aber kein größeres Gewicht des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft oder umfangreichere staatliche Programme. Mehr Integration, Öffnung und attraktive Wachstumsbedingungen für Kapital schaffen – dies bleibt der Weg für die Entwicklung der baltischen Staaten mit ihrem Heimatmarkt von sieben Millionen Menschen und geringem Kapitalaufkommen. Dafür brauchen wir eine aktivere Stellung des Staates und sicher unkonventionelle Lösungen im Vergleich zu unserer Entwicklung bisher.

REDEBEITRAG VON NORBERT RÖTTGEN



*Dr. Norbert Röttgen, MdB
Parlamentarischer
Geschäftsführer der
CDU/CSU-Bundestags-
fraktion*

In den aktuellen Krisentagen wird oft ohne weitere Erklärung auf die Chance für eine wirtschaftspolitische Neubestimmung verwiesen. Zurecht wie ich meine, doch dabei reicht es nicht aus, sowohl die Krise als auch die Chance einfach nur zu behaupten. Man sollte schon konkret darlegen können, woraus beide erwachsen und was wir tun müssen, damit wir am Ende eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft erleben.

MITTEN IN EINER SYSTEMKRISE

Die aktuelle Finanzkrise hat meiner Auffassung nach nur vordergründig mit dem Versagen einzelner Akteure und Instrumente zu tun. Stattdessen befinden wir uns mitten in einer umfassenden Systemkrise, in der unsere bisherigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorstellungen auf eine sehr harte Bewährungsprobe gestellt werden. Es geht also nicht so sehr um die eine oder andere staatliche Regulierung oder die eine oder andere technische Anweisung, sondern um unser System als Ganzes. Sicherlich sind in der Wirtschaft und in der Politik im Vorfeld Fehler gemacht worden, die es jetzt zu analysieren und zu beheben gilt. Diese Fehler dürfen sich in Zukunft nicht mehr wiederholen. Ich denke hier beispielsweise an die Qualität der regulatorischen Aufsicht von Finanzmärkten und an die

fragwürdigen Anreize von Vergütungssystemen in vielen Unternehmen. Diese Feststellung sollte aber nicht davon ablenken, dass die aktuelle Krise tiefe strukturelle Ursachen hat. Wir haben vorrangig ein System- und kein Instrumentenproblem. Unsere politischen Antworten müssen diesem Umstand allerdings erst noch gerecht werden.

An dieser Stelle möchte ich auf zwei dieser strukturellen Ursachen etwas näher eingehen. Erstens wird im Rückblick deutlich, dass der mit Beginn der 1980er Jahre einsetzende weltweite Trend zur Deregulierung und Privatisierung mit der Zeit zu einer nicht mehr hinterfragten Ideologie geworden ist. Die Politik von Margaret Thatcher und Ronald Reagan war eingebettet in die These, dass die Freiheit da anfängt, wo der Staat aufhört. Das Motto lautete „privat vor Staat“. Dieser Ansatz der Nicht-beziehungsweise der Deregulierung lässt sich zum Teil als eine Reaktion auf die Planungseuphorie und die Wellen staatlicher Überregulierung der 1960er und 1970er Jahre erklären. Gleichzeitig handelte es sich um die ganz bewusste Entscheidung für ein System, das den Markt größtenteils sich selbst überlässt und den Staat soweit wie möglich außen vor hält. Beispielhaft konnte man diese Systematik in der historischen Entwicklung der internationalen Finanzmärkte beobachten. Das vergangene Jahrzehnt wurde zunehmend von einer finanzmarktgetriebenen Ökonomie dominiert, die sich immer mehr von den Mechanismen und den Prinzipien einer traditionellen Güterwirtschaft abgewendet und regelrecht entfremdet hat.

Eine zweite Entwicklung, die sinnbildlich für die aktuelle Systemkrise steht, ist das Generieren von Wachstum durch Verschuldung. Vor allem die US-amerikanische Politik verfolgt schon seit mehreren Legislaturperioden ein explizites Konsumziel. Es gibt in den USA eine wachsende – übrigens weiterhin politisch tabuisierte – Diskrepanz zwischen dem eigenen wirtschaftlichen Leistungsniveau und dem Konsumniveau. Das Bruttoinlandsprodukt der USA beruht zu zwei Dritteln auf Konsum. Mit den Instrumenten der Fiskal- und der Geldpolitik wurde und wird immer noch eine Politik der öffentlichen und privaten Verschuldung gefördert. Auf globaler Ebene werden enorme ökonomische Ungleichgewichte in Kauf genommen, insbesondere im Verhältnis zwischen den USA und China.

Ergänzend könnte man hinzufügen, dass es schon vor dem Ausbruch der weltwirtschaftlichen Turbulenzen erste Anzeichen einer Legitimationskrise

der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland gegeben hat. Denn trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs nach 2005 hat ihre Akzeptanz in der Bevölkerung kontinuierlich abgenommen. Dieser demoskopische Trend eines Legitimationsverlustes trotz Aufschwung bedeutet einen Bruch und eine Umkehrung der alten Verhältnisse. Was könnte hierfür eine Erklärung bieten? Ein wichtiger Grund dürfte sein, dass die wachsende Vernetzung und Integration von Wirtschaften und Gesellschaften rund um den Globus – Stichwort Globalisierung – die Lebensgewissheiten und die Lebenssicherheiten vieler Deutscher erschüttert hat. Zu den Sicherheiten gehörte, wie in vielen anderen Ländern auch, die jahrzehntelange Erfahrung, dass volkswirtschaftliches Wachstum, Unternehmenserfolge und eigener Wohlstand eng zusammenhängen. Die fast lineare Beziehung zwischen dem Erfolg des Arbeitgebers und dem eigenen Weiterkommen hat ein tief verankertes Gefühl der Sicherheit entstehen lassen. Dieses Band ist im Zeitalter der Globalisierung mit ihrem Drang zur Entgrenzung gekappt worden. Seit einigen Jahren machen viele Deutsche die Erfahrung, dass gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten und hohe Unternehmensrenditen nicht automatisch den eigenen Arbeitsplatz sichern. Im Gegenteil, weltweiter Kostendruck und Wettbewerb lassen in manchen Fällen den Abbau von Arbeitsplätzen geradezu als Bedingung für ökonomischen Erfolg erscheinen. Die Auflistung struktureller Ursachen für die Systemkrise, in der wir uns momentan befinden, ließe sich ohne große Probleme weiter fortsetzen.

WETTBEWERB DER WIRTSCHAFTSSYSTEME

Ich habe schon an anderer Stelle erwähnt, dass die Krise eine konstruktive Ordnungsantwort von uns verlangt. Als Grund habe ich die tiefe und strukturelle Natur der Krise genannt. Es gibt noch einen zweiten Grund, nämlich den sich verschärfenden Wettbewerb der Wirtschaftssysteme. Dabei wird auch in Zukunft der Kapitalismus US-amerikanischer Prägung fortleben, der eng mit der Kultur und der Lebensweise in den Vereinigten Staaten von Amerika verwurzelt ist. Gleichzeitig ist das nicht unbedingt die Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft, die in Kontinentaleuropa und in anderen Teilen der Welt für richtig und angemessen gehalten wird. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass die US-amerikanische Idee von Kapitalismus weiterhin eine gewisse Anziehungskraft in der Welt haben wird. Darüber hinaus existiert eine zweite Form, die ich als staatsautoritären Kapitalismus bezeichnen möchte. Beispiele für diese historische Konstellation, in der Kapitalismus mit staatlich autoritären Macht-

systemen verknüpft wird, sind China und Russland. Und die Frage wird sein, ob es in diesem Wettbewerb der Wirtschaftskulturen und der wirtschaftlichen Ideen und Vorstellungen auch eine europäische Stimme, ein europäisches Angebot geben wird. Die Soziale Marktwirtschaft in ihren ganzen Facetten könnte eine solche kontinentaleuropäische Stimme sein.



Taavi Veskimägi und Dr. Norbert Röttgen, MdB

In diesem Systemwettbewerb können wir allerdings nicht einfach auf einen feststehenden Begriff von Sozialer Marktwirtschaft als Ordnungsvorstellung zurückgreifen. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist kein statisches Konzept, frei nach dem Motto „einmal erfunden, niemals verändert“. Sie ist keine Antiquität, die man bei Bedarf vorzeigt und damit alle Fragen für erledigt und beantwortet erklärt. Es liegt sogar eine gewisse Gefahr darin, dass wir jetzt Soziale Marktwirtschaft und ihre Renaissance immer wieder rhetorisch betonen, ohne vermitteln zu können, was denn ihre besondere Bedeutung, das Wertvolle, ihre Stärke unter den heutigen Bedingungen ausmacht. Die Soziale Marktwirtschaft und ihre konzeptionellen Vorläufer noch in der Vorkriegszeit sind in einen ganz konkreten historischen Kontext eingebettet und darum nicht zeitlos. Es wäre ein Missverständnis, wenn man sie für ein dogmatisches Konstrukt hielte, das für alle Zeiten immer die gleichen Antworten bereithält. Die Zeiten ändern sich und darum ändert sich auch unser Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft hat nur dann

eine Zukunftschance, wenn sie sich in der Gegenwart als das richtige Modell erweisen kann. Genau darin liegt wiederum die im Titel unserer Veranstaltung angedeutete „Chance in der Krise“. Eine Krise, die angesichts ihrer Zerstörungskraft sicherlich von niemandem herbeigewünscht wurde, die aber einen Wendepunkt markieren kann, an dem neben Verunsicherung und Instabilität eben auch wieder neue Gestaltung sichtbar und erfahrbar wird.

Wir erleben momentan eine neue Offenheit für politische Gestaltung. Ein Beispiel sind die Regulierungsvorschläge, die im Rahmen der G20 diskutiert werden – dabei ist Regulierung an sich noch kein Allheilmittel. Jedenfalls wird heute relativ selbstverständlich über Vorschläge diskutiert, die vor einem halben oder einem dreiviertel Jahr noch von den Briten und den US-Amerikanern mit dem Hinweis „das passt nicht in die gängige Praxis“ vom Tisch gewischt worden wären. Und wir erleben in dieser Krise, dass die Finanzmärkte, dass die globale Ökonomie und die Globalisierung insgesamt eben keine Naturereignisse sind, denen man sich schicksalhaft hingeben müsste. Die gesamte Krise und alle Risiken sind keine Naturgewalten, sondern wurden durch menschliches (Fehl)Verhalten begründet und ausgelöst. Insofern zeigt hier die Krise ihr menschliches Gesicht und gleichzeitig die menschlichen Lehren, die wir aus ihr ziehen können. Voraussetzung dafür ist ohne Zweifel der politische Wille, die Gesellschaft und die Wirtschaft zu gestalten und zu prägen.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT HAT ZUKUNFT

Abschließend möchte ich darauf eingehen, worin das Zeitgemäße in der Ordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft liegen könnte. Fünf Anknüpfungspunkte sollen verdeutlichen, warum ich glaube, dass die Soziale Marktwirtschaft die passende Antwort und darum das passende Ordnungsmodell nicht nur für unser Land, sondern für und in unserer Zeit ist.

Erstens bietet die Soziale Marktwirtschaft aufgrund ihrer ethischen und moralischen Wurzeln eine hoffnungsvolle Antwort auf die von der Krise heraufbeschworene Unsicherheit. Die Krise hat sich aus Sicht vieler Menschen darin manifestiert, dass sie den Eindruck haben, im Stich gelassen worden zu sein, ausgeliefert zu sein. Es herrscht ein Gefühl, die eigene Situation nicht beherrschen oder gestalten zu können, unter die Räder

zu kommen. Diese Angst vor dem eigene Abstieg ist beileibe kein soziologisches Randphänomen, sondern in der Mitte der Gesellschaft verortet und nicht bestreitbar. Nun ist die Soziale Marktwirtschaft, anders als die beiden bereits skizzierten konkurrierenden Wirtschaftssysteme, ein Ordnungsmodell mit ausgesprochen anthropologischer Orientierung. Ausgangspunkt ist ein Menschenbild, das auf Personalität und individueller Würde eines jeden einzelnen Menschen aufbaut. Aus diesem Verständnis heraus, einem christlichem Verständnis des Menschen, leitet sich eine klare Ethik des Wirtschaftens und Handelns ab. Es ist eine der Stärken der Sozialen Marktwirtschaft, dass ihre Ethik ganz eng an den Möglichkeiten jedes einzelnen Menschen anknüpft – gerade in Krisenzeiten. Aus den anthropologischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft ergeben sich zudem eine Reihe von Gerechtigkeitskriterien. Ein wesentliches Kriterium ist es, den Einzelnen als aktives Subjekt wahrzunehmen und zu beteiligen. Den Einzelnen nur zu versorgen, ihn zum Empfänger staatlicher Transfer- und Verteilungssysteme zu degradieren ist dagegen höchst ungerecht. Vor diesem Hintergrund drückt die Soziale Marktwirtschaft ihren ethischen Anspruch vor allem darin aus, dass sie die Solidarität der Gemeinschaft nachrangig gegenüber der Verantwortung des Einzelnen sieht. Die ethische und moralische Fundierung der Sozialen Marktwirtschaft ist ebenso darin zu erkennen, dass sie nicht nur an das Heute denkt, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit auch an das Morgen. Unsere Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen kommender Generationen ist die Grundlage für die von der Bundeskanzlerin vorgestellte Charta für nachhaltiges Wirtschaften, die der Sozialen Marktwirtschaft auch international den Durchbruch ermöglichen will.

Zweitens ist die Soziale Marktwirtschaft schon deshalb das passende Modell unserer Zeit, weil sie den Markt ins Zentrum setzt und gleichzeitig einen klaren Rahmen vorgibt. Die Krise ist auch dadurch entstanden, dass fundamentale marktwirtschaftliche Prinzipien verletzt worden sind. Ein Beispiel: Die Trennung von Risikobegründung und Haftung. Schon Walter Eucken hat deutlich gemacht, dass Kategorien wie Eigentum, Verantwortung und Haftung eine untrennbare Einheit bilden. Im Vorfeld der Krise wurde diese Einheit in Teilen der Wirtschaft systematisch verletzt und untergraben.

Drittens weist die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell dem Staat eine konstruktive und zeitgemäße Rolle zu. Sie diskreditiert den Staat weder als notwendiges Übel, noch versucht sie ihn zu marginalisieren

oder zu minimalisieren. Anders als staatsautoritäre Systeme wendet sich die Soziale Marktwirtschaft gegen die Bevormundung des Einzelnen. Stattdessen ist der Staat in der Rolle des Gewährleisters einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Gerade in historischen Zeiten wie diesen erleben wir eine Wiedergeburt des Staates als Rahmensetzer und anpassungsfähiger Akteur, der seine vorrangige Aufgabe darin sieht, den zentrifugalen Kräften der Globalisierung eine Vision der Inklusion und der Teilhabe entgegenzusetzen. Wir müssen diejenigen, die am Rand leben, die zu den vermeintlich Ausgeschlossenen gehören, die Integration in das Zentrum unserer Gesellschaft ermöglichen.

Viertens passt die Soziale Marktwirtschaft deshalb in unsere Zeit, weil sie im Kern eine Bewegung von unten ist, wie es Franz Schoser einmal formuliert hat, der hier vor kurzem als langjähriger Hauptgeschäftsführer des DIHK und Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung gewürdigt wurde. Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Doktrin und gerade deshalb international so anschlussfähig. Sie usurpiert nicht, sondern sie ist ein Modell, das sich von unten entwickelt als Basisbewegung und darum jederzeit lernfähig und anschlussfähig bleibt. Dies ist ein entscheidender Vorteil gegenüber allen anderen Wirtschaftssystemen, die in ihrer eigenen Überheblichkeit keinen anderweitigen Gestaltungsspielraum zulassen. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein attraktiver Kandidat auf der Suche nach einem internationalen Ordnungsmodell.

Fünftens und letztens ist die Soziale Marktwirtschaft deshalb passend, weil sie zwar vom Begriff her sehr deutsch geprägt sein mag, aber im Grunde die Idee der europäischen Vielfalt in sich trägt. Sie vermittelt in ihren sozialen und kulturellen Vorstellungen ein europäisches Einigungsmodell. Die Welt wird erfreulicherweise auch im 21. Jahrhundert nicht am deutschen Wesen genesen, aber Europa kann einen Beitrag zu einer besseren Welt im Sinne von Freiheit, Fairness, Verantwortung und Solidarität leisten – alles Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine europäische Idee, denn sie bietet eine Plattform, auf der alle Nationen Europas ihre kulturellen, politischen und sozialen Vorstellungen in eine gemeinsame Welt- und Werteordnung mit einbringen können. Ich glaube, dass wir diese gemeinsame europäische Stimme brauchen, so dass wir als deutsche Politiker, als deutsche Gesellschaft, als Verantwortungsträger unseres Landes einen konkreten und konstruktiven Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten können.

REDEBEITRAG VON ROLF J. LANGHAMMER



*Prof. Dr. Rolf J. Langhammer
Vizepräsident des Instituts
für Weltwirtschaft, Kiel*

Die Frage, ob sich die Soziale Marktwirtschaft als (inter)nationales Ordnungsmodell eignet, kann nicht beantwortet werden, ohne die Frage nach ihrer Herkunft, ihren Wurzeln und ihren Traditionen zu beantworten. Dazu gehört auch die Frage nach den Herausforderungen und hoffentlich vorübergehenden Schwächen, denen sie ausgesetzt war. Zudem muss klargestellt werden, welche Voraussetzungen unsererseits erfüllt sein müssen, damit sie wieder ein attraktives internationales Ordnungsmodell wird.

Seit dem Ende des Goldstandard und des Bretton-Woods-Systems haben wir kein globales Ordnungsmodell mehr. Selbst die Welthandelsorganisation hat in den letzten Jahren an Autorität verloren, die Länge der Verhandlungsrunden bringt das zum Ausdruck. Die Vorstellung, dass wir heute vielleicht drei konkurrierende regionale oder nationale Modelle haben – wie von Dr. Norbert Röttgen, MdB in seinem Beitrag erwähnt – die unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen konvergieren könnten, ist Ausdruck des Mangels eines globalen Ordnungsmodells.

KERNELEMENTE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Aber zunächst soll das Augenmerk auf die Ausgangsfrage gelenkt werden – auf die Frage, woher die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft stammen, worin sie also begründet liegt. Hier lassen sich folgende Merkmale identifizieren:

- Eine Sozial- und Tarifpartnerschaft in der alten „Deutschland-AG“ des rheinischen Kapitalismus – mit einer späteren Überzeichnung hin zum Korporatismus.
- Eine starke Rolle des Staates beim Setzen von Rahmenbedingungen und Preisen, gerade in den sogenannten Gütern der Daseinsvorsorge wie Transport, Energie und Versicherungen.
- Eine hohe Priorität der Geldwertstabilität. Diese wurde bis zum Ende des Bretton-Woods-Systems durch einen externen Anker verfolgt. Danach errichtete die hochgeachtete Institution der Deutschen Bundesbank durch die Geldmengenziele einen internen Anker.
- Ein weiteres Merkmal ist die Betonung der Gleichrangigkeit von Allokationseffizienz und Distributionszielen, leider mit zunehmender Vermischung dieser beiden Ziele in den eigentlichen Maßnahmen (Stichwort: soziale Sicherungssysteme).
- Stabile – manche würden sagen rigide – Arbeitsmärkte, die Anpassungsschocks weniger durch Lohnflexibilität als durch Mengenflexibilität (in Form von Arbeitslosigkeit) bewältigten.
- Die beitrags-, aber nicht kapitalgedeckten sozialen Sicherungssysteme.
- Der in Deutschland sehr wichtige fiskalische Föderalismus mit den Stärken der Subsidiarität, d.h. der Verantwortlichkeiten verschiedener Gebietskörperschaften.

EIN MODELL VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Dieses Modell hat sich im Zuge einer globalisierungs- und technologiegetriebenen weltwirtschaftlichen Öffnung gewaltigen internen und externen Herausforderungen ausgesetzt gesehen. Die internen Herausforderungen manifestieren sich im Wesentlichen in drei Aspekten: Zum Ersten in demografischen Veränderungen, zum Zweiten in der nachlassenden Produktivität der Bildung und zum Dritten in einem exzessiven Föderalismus, der die Verantwortlichkeiten der Gebietskörperschaften teilweise verwischt und vermischt hat. Vor allem der zweite Aspekt der Bildung ist ein sehr wichtiger: Wir müssen heute erheblich mehr Geld ausgeben,

um ungefähr das gleiche Bildungsergebnis zu erzielen wie vor etwa vierzig Jahren.

Die externen Herausforderungen, denen die Soziale Marktwirtschaft ausgesetzt ist, liegen hauptsächlich in folgenden Punkten:

- Verschiedene gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnungsmodelle konkurrieren miteinander. Vor allem die autoritären oder defekten Demokratien mit Staatskapitalismus und hohem wirtschaftlichem Erfolg haben in den letzten Jahren Aufwind erfahren.
- Die grenzüberschreitende Öffnung von Märkten stellt uns vor neue Herausforderungen. Insbesondere sei hier die enorme Kapitalmobilität genannt, die – wenn man so will – die „Deutschland-AG“ zerschlagen hat.
- Zentrale Ordnungsprinzipien und zentrale Ordnungskompetenzen wurden auf supranationale Einrichtungen übertragen, so z.B. auf die Europäische Union und die Europäische Zentralbank.
- Dienstleistungen als Hort eines nationalen Gutes, das nicht handelbar erschien, sind durch die Entwicklung neuer Technologien mobil geworden. Unter bestimmten Bedingungen kann man sich beispielsweise in Singapur gesundheitlich auf der Basis des eigenen Versicherungsschutzes behandeln lassen. Das ist ein Wettbewerb, der sehr bedeutend ist und der auch in Zukunft ganz wichtig sein wird. Schließlich sind Dienstleistungen auch Ausdruck der kulturellen und nationalen Identität.
- Zudem haben wir uns im Gegensatz zur Nachkriegsgeneration in eine zunehmend hedonistisch geprägte Gesellschaft entwickelt. Das hausälterische ist uns verloren gegangen, beispielsweise werden Schulden viel leichtfertiger aufgenommen. Und auch die akademische Attraktivität von Ordnungsökonomik ist unter einem erheblichen Druck geraten. Hier sei das Beispiel der Universität Köln genannt, an der die zentralen Lehrstühle gestrichen werden. Ordnungsökonomik bedarf jedoch einer akademischen Untermauerung, um immer wieder auf die aktuellen Herausforderungen reagieren zu können. Obwohl ich selber als Makroökonom auch die andere Seite, nämlich die der quantitativen Ökonomik kenne und schätze, bedauere ich die Entscheidung, die in Köln getroffen wurde, denn dieser Weg geht mir zu weit.

CHANCEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Nun ist die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell nicht abgeschrieben, gerade nicht in dieser Krise. Dafür gibt es aus meiner Sicht vier wichtige Gründe:

1. Die Dynamik der Marktöffnung wird zurückgehen. Ich spreche bewusst in der zweiten Ableitung, d.h. also, es ist ein Rückgang des Tempos, nicht unbedingt ein Stillstand. „Globalization has gone too far“, diese Skepsis wird sich politisch und gesellschaftlich durchsetzen. Längere Zeithorizonte werden an Bedeutung gewinnen. Finanzmärkte werden weniger global und ziehen sich in ihre Stammmärkte zurück. Soziale Marktwirtschaft ist aus meiner Sicht ein Kind gesellschaftlich beherrschbarer und beherrschter Dynamik. Und ich glaube, dass dies in Zukunft eine Chance für die Soziale Marktwirtschaft sein kann.

2. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird, anders als die amerikanische Notenbank, die Geldwertstabilität hoffentlich gegen den Druck des Privatsektors, die Zinsen auch nach Abklingen der Krise lange niedrig zu halten, verteidigen. Das wird sicher eine große Herausforderung für die EZB, denn der Druck wird gewaltig sein. Gleichzeitig stellt das auch die Soziale Marktwirtschaft vor eine Bewährungsprobe, denn Geldwertstabilität ist ein konstitutives Merkmal dieser Wirtschaftsordnung. Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der EZB sind maßgeblich mitverantwortlich für die internationale Attraktivität der Sozialen Marktwirtschaft.

3. Der Wettbewerb mit anderen Ordnungsmodellen wird schwächer. Auch die USA, auch China werden sich dem Aufbau sozialer Sicherungssysteme stellen müssen und nicht entziehen können. Das ist eine Chance für eine gewisse Konvergenz der drei Systeme.

4. Die Regulierung von Märkten und der dazugehörige Instrumentenkasten werden eine Renaissance erleben. Man kann der amerikanischen Notenbank vorwerfen, dass sie sich um die Regulierung der heimischen Finanzmärkte überhaupt nicht gekümmert hat. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt.



Bischof Dr. Wolfgang Huber und Prof. Dr. Rolf J. Langhammer

ANPASSUNGSERFORDERNISSE

Aber – und jetzt kommen sechs Punkte mit einem großen Aber: Was muss getan werden? Was muss geleistet werden, damit unser Modell international attraktiv wird?

1. Es muss unbedingt in der Krise verhindert werden, dass Sektoren oder sogar einzelne Unternehmen subventioniert werden. Das ist meines Erachtens der Sozialen Marktwirtschaft wesensfremd. Es schafft einen Wettbewerb um Vergünstigungen und das ist kein guter Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft.

2. Statt einer Objektstützung muss es eine Subjektstützung geben. Wir kennen das Prinzip aus der Landwirtschaft: Dort sind wir weggegangen von der Preisstützung hin zur Einkommensstützung. Das müssen wir auch bei Industrieprodukten tun. Die Marke Opel ist nicht schutzbedürftig. Die Marke Borgward war es auch nicht. Aber schutzbedürftig sind die Einkommenschancen der Opel-Arbeiter. Wir müssen ihnen alle Möglichkeiten geben, diesen Strukturwandel mitgehen zu können. Das bedeutet zu lernen, wie man lernt und nicht nur Wissen zu lernen, das schnell veraltet. Dieser Strukturwandel wird kommen, es wird eine Reinigungskrise geben und Sektoren werden schrumpfen. Die Automobilindustrie gehört vielleicht dazu.

3. Die Trennung von Effizienz und Distributionszielen muss klar sein: ein Ziel, ein Instrument. Wir haben uns angewöhnt, ganz locker in doppelten Dividenden zu rechnen und zu denken. Das ist irrig und gehört nicht in eine Soziale Marktwirtschaft.

4. Sozialpartnerschaft muss eine stärkere Verantwortungsbereitschaft beinhalten. Zielkonflikte wie die des ver.di-Chefs als Aufsichtsrat in der Lufthansa, der gegen sein Unternehmen votiert, weil er eben auch die Rolle des Gewerkschafts-Chefs hat, sind ausgesprochen schädlich für die Glaubwürdigkeit. So etwas darf es nicht geben.

5. Es muss das einfache Prinzip akzeptiert werden, dass bei flexiblen Wechselkursen die Tarifparteien für das Beschäftigungsniveau verantwortlich sind. Der Staat ist auf allen drei Ebenen verantwortlich für die effiziente Bereitstellung öffentlicher Güter und die Zentralbank ist verantwortlich für die Geldwertstabilität. Dies sind drei Ordnungskriterien, die klar sein müssen. Und wenn diese Kriterien verstanden werden, dann können sie auch national und international durchgesetzt und beachtet werden.

6. Natürlich ist es leicht, in der Krise nach dem Staat zu rufen und zu sagen: „Die Party ist vorbei, es muss bezahlt werden, es muss aufgeräumt werden, mach du es!“ Als Reparaturbetrieb ist der Staat aber nicht geeignet. Der Staat ist vielmehr der Geeignete, um künftige Krisen zu verhindern. Darum geht es. Aber wenn wir als Bürger auf den Staat zeigen, dass er das tun soll, dann weisen zumindest drei Finger wieder auf uns zurück. Der Staat wird sagen: „Natürlich, aber woher hole ich mir denn die Mittel?“ Entweder durch die Besteuerung der jetzigen Generation oder durch die Besteuerung der künftigen Generation, also durch Schulden. Da müssen wir sehr vorsichtig sein. Der Staat hat eine Haushälterische Funktion. Und man sollte nicht naiv und blauäugig sein, denn Staatsvertreter der Legislative und auch der Exekutive haben manchmal sehr eigennützige Ziele. Und diese Ziele müssen nicht unbedingt im Einvernehmen mit der Sozialen Marktwirtschaft stehen.

Dies sind meine sechs Voraussetzungen dafür, dass die Frage aus der Überschrift nicht mit einem Fragezeichen, sondern mit einem Ausrufungszeichen beantwortet werden kann.

REDEBEITRAG VON WOLFGANG HUBER



*Bischof Dr. Wolfgang Huber
Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche
in Deutschland*

DIE KRISE ALS ENTSCHEIDUNGSSITUATION

Mit meiner ersten Bemerkung will ich dazu raten, das Fragezeichen nicht zu klein zu schreiben, ob diese Krise eine Chance ist oder nicht. Wir wissen es gegenwärtig nicht. Wir wissen nur, dass Krisen wie Weggabelungen sind. Das ist am Beispiel der Krankheit immer wieder diskutiert worden. Die Krise in der Krankheit ist die Weggabelung, an der sich entscheidet, ob es zur Genesung kommt oder zum Gegenteil. Wir wissen aber nicht, wie groß die Krise werden wird. Denn wird sind – wenn wir ehrlich sind – ahnungslos, wann eigentlich der Tiefpunkt dieser Krise erreicht sein wird und auf welchem Niveau. Daher lässt sich keine Aussage darüber treffen, wohin diese Weggabelung führen wird.

Mir ist sehr bewusst, dass es schon ein Verdienst ist, wenn wir in einer so schwierigen Situation wie der jetzigen durch die Art und Weise, in der wir über die Krise diskutieren, Menschen dafür gewinnen, jetzt nicht in eine Katastrophenstimmung zu verfallen. Aber auch das Umgekehrte darf nicht eintreten, nämlich dass wir Menschen nicht hinreichend auf das vorbereiten, was von ihnen erwartet und verlangt wird.

Daraus folgt, dass es einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten von ziemlich analogielosem Charakter bedarf, wenn die größte Wirtschaftskrise seit Menschengedenken bewältigt werden soll. Ich bin davon überzeugt, dass Menschen, die den Mut haben, in die Öffentlichkeit hinein die Ernsthaftigkeit dieser Situation zu beschreiben, eher Glaubwürdigkeit erzeugen als diejenigen, die den Eindruck erwecken, sie wüssten schon jetzt, dass diese Krise ja bloß eine Chance ist.

ENTFERNUNG VON DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Herr Dr. Norbert Röttgen, MdB hat mich nochmal sehr nachdenklich gemacht durch die Aussage, die Krise sei eine Systemkrise. Seine genauere Beschreibung habe ich aber so gehört: Es handelt sich aus einer europäischen Perspektive genau in dem Maß um eine Systemkrise, in dem wir uns vom Modell der Sozialen Marktwirtschaft entfernt haben. Es gab dafür Symbol- und Signalwörter in den letzten fünfzehn oder zwanzig Jahren, gegen die zu verstoßen schon den Verdacht der politischen Inkorrektheit weckte. Wer etwa die Globalisierung nicht nur als ein Geschenk, sondern auch als eine Gestaltungsaufgabe zu beschreiben versuchte, galt manchen als Personifizierung politischer Inkorrektheit. In einer Situation der weltweiten Dynamik von Marktwirtschaft darauf zu beharren, dass die Regelungen und die Rahmensetzungsaufgabe des Staates unaufgebbare seien, galt als inkorrekt. Solidarität einzufordern, wo doch nur noch Eigenverantwortung hochgeschätzt wurde, galt als inkorrekt.

Wir müssen uns tatsächlich alle miteinander fragen, ob wir uns eigentlich diesem schleichenden Paradigmenwechsel in der zurückliegenden Zeit viel zu sehr ausgeliefert haben. Dies kann ja jeder an seinen eigenen Texten und Reden aus den letzten Jahren noch einmal kritisch prüfen. Ich bin mir sicher, wir werden feststellen, dass die Entwicklung zur gegenwärtigen Krise auch die Diagnose verdient, dass wir uns dem Zeitgeist zu stark ausgeliefert haben und nun feststellen, wie recht Kierkegaard hatte, als er sagte: Wer sich mit dem Zeitgeist verheiratet, findet sich bald als Witwer vor. Die Beschreibung der Situation als Systemkrise ist sozusagen die Diagnose des Witwers des Zeitgeistes.

HANDELN UNTER DEN BEDINGUNGEN DER UNSICHERHEIT

Nun rufen alle nach dem Staat. Im Augenblick übrigens nicht so stark nach dem Staat, der reguliert, sondern stärker nach dem Interventionsstaat. Ich sehe schon gespannt der Frage entgegen, ob diejenigen, die jetzt so laut rufen, dieses Rufen auch dann aufrecht erhalten, wenn sie es nicht mehr mit dem Interventionsstaat, sondern mit dem regulierenden Staat zu tun bekommen. Der Staat erhört das Rufen derzeit und unternimmt Interventionen von schwindelerregendem Umfang. Dabei handelt er unter den Bedingungen äußerster Unsicherheit. Weder weiß er, wie weit die Krise reichen wird, noch weiß er, ob die Instrumente von 50, 100 oder 480 Milliarden Euro Umfang eigentlich das bewirken werden, was man von ihnen erhofft. Gelegentlich kann man dazu den Kommentar hören, wenn es nichts nütze, dann schade es wenigstens nicht. Für Instrumente eines solchen Umfangs ist das eine relativ bescheidene Erwartung.

Ernsthafter betrachtet ist dies natürlich das Paradigma für die Handlungssituation, in der wir uns befinden. Man hat es bloß vorher nicht immer ernst genommen, dass das Handeln in die Zukunft hinein immer ein Handeln unter Bedingungen der Unsicherheit ist. Noch vor wenigen Monaten, vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, hat doch niemand vorausgesagt, in welcher Situation wir uns am Ende des Jahres 2008 befinden würden. Gewiss gibt es ein Handeln unter Unsicherheit auch in positiver Hinsicht; das wichtigste Beispiel dafür feiert in diesem Jahr seine zwanzigste Wiederkehr. Zu Beginn des Jahres 1989 hätte niemand vorausgesagt, in welcher Situation wir uns nach dem Fall der Mauer befinden würden.

Eine solche Unsicherheit kann also unterschiedliche Ausgänge haben. Wenn man aber unter Bedingungen der Unsicherheit handelt, ist man nach meiner Überzeugung zumindest dazu verpflichtet, klar zu sagen, auf welches Ziel dieses Handeln gerichtet ist, welchen Maßstäben man sich stellt, an welchem Bild von Gesellschaft man sich ausrichtet. Man darf sich dann weder im politischen noch im wirtschaftlichen Handeln darauf beschränken, nur Instrumente zu beschreiben. Die politische Kultur, die wir in den letzten Jahren entwickelt haben, war jedoch stark darauf ausgerichtet, nur noch politische Instrumente zu beschreiben, aber über die Ziele, über die Vision, über das Bild gesellschaftlichen Zusammenlebens zu schweigen, an dem wir uns orientieren wollen.

Das ist übrigens der Hintergrund dafür, warum wir plötzlich eine neue Debatte über Werte, über ethische Maßstäbe, über das Menschenbild, an dem wir uns orientieren, über die Menschenwürde und über religiöse Fragen bekommen. Denn das Handeln unter Bedingungen von Unsicherheit ist die Grundsituation des Menschen, in der er fragt: Worauf kann ich mich verlassen, worauf kann ich vertrauen, was ist eigentlich der Halt meines Lebens? Und von daher ist es naheliegend, dass plötzlich eine Debatte über den inneren Zusammenhang von Gottvertrauen und Nähe zu den Mitmenschen als die eigentlich prägende Grundlage unseres Handelns auftritt.



Die Leiterin des Hauptstadtbüros des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Dr. Karen Horn (Mitte), moderierte die Podiumsdiskussion in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin

VERHÄLTNISBESTIMMUNG ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND POLITIK

Warum wird in diesem Zusammenhang das Modell der Sozialen Marktwirtschaft wichtig? Nicht nur wegen der wichtigen und sehr präzise beschriebenen Einzelelemente, die Herr Professor Langhammer uns noch einmal vor Augen geführt hat, sondern weil es ein Modell der Verhältnisbestimmung von Wirtschaft und Politik ist, über die wir wieder Klarheit gewinnen wollen. Dabei wollen wir nicht nostalgisch wieder zu einer alten Sozialen Marktwirtschaft zurück, sondern wir wollen überhaupt wieder dahin, dass es eine geklärte Verhältnisbestimmung zwischen Wirtschaft und Politik gibt.

Wenn man dahin will, aber gleichzeitig sagt, dass das nicht einfach eine Rückkehr in zurückliegende Konkretisierungen der Sozialen Marktwirtschaft sein kann, dann stellt sich allerdings die Frage, an welchen Maßstäben diese Verhältnisbestimmung von Wirtschaft und Politik gemessen wird, an welchen Maßstäben und Kriterien sich also die staatlichen Regulierungen ausrichten sollen, die wir jetzt wieder brauchen. Dazu will ich fünf Elemente in Stichworten nennen:

Der erste Maßstab heißt Vertrauen. Nicht allein um Zahlen geht es in der Ökonomie wesentlich, sondern es geht genauso um Vertrauen und Bindung. Das ist ein dramatisch unterschätzter Faktor und ich sehe die wichtigste Lehre der letzten zwölf Monate darin, dass für wirtschaftlichen Erfolg Vertrauen genauso wichtig ist wie Kapital. Richtig ist aber auch, dass Vertrauen noch schwerer wieder aufzubauen ist als Kapital. Das sehe ich als eine der wichtigsten Dimensionen der gegenwärtigen Krise an.

Der zweite Maßstab heißt Verantwortung. Verantwortung hat zwei Dimensionen. Die eine hat damit zu tun, ob ich bereit bin, Verantwortung zu übernehmen. Und die andere, ob ich bereit bin, mich verantwortlich machen zu lassen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat im letzten Sommer noch vor der Zuspitzung der Krise eine Denkschrift veröffentlicht unter dem Titel *Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive*. Manche waren ganz verblüfft, wie positiv wir unternehmerisches Handeln darin beschreiben und bewerten. Der Grund ist einer der zentralen Gesichtspunkte, mit denen das christliche Menschenbild zu tun hat, nämlich die Überzeugung, dass den Menschen unterschiedliche Gaben anvertraut sind; sie sind ihnen anvertraut, damit sie sie verantwortlich gebrauchen. In einer Gesellschaft wie der unseren kann man nicht behaupten, dass von unternehmerischen Begabungen zu viel Gebrauch gemacht wird. Man kann eher Gründe für die Feststellung finden, dass davon zu wenig Gebrauch gemacht wird. Verantwortung hat aber zugleich die andere Seite, sich nämlich auch verantwortlich machen zu lassen für das, was man getan hat. In dieser Hinsicht ist festzustellen, dass die Finanzmärkte in einer Weise organisiert sind, in der die Leute bereit waren, die Gewinne selber in Anspruch zu nehmen, aber zugleich die Möglichkeit hatten, die Risiken zu sozialisieren. Das aber bedeutet, sich systematisch nicht verantwortlich machen zu lassen für das, was jemand an Risiko – und zwar nicht nur für sich selbst, sondern insbesondere auch für andere – ausgelöst hat.

Mein drittes Stichwort heißt Teilhabe. Das hat Herr Dr. Norbert Röttgen, MdB schon intensiv beschrieben. Wir bewegen uns auf ein Verständnis von Gerechtigkeit zu, das Gerechtigkeit wesentlich als die Eröffnung von Teilhabe definiert und wissen deswegen, dass auch im internationalen Vergleich Gerechtigkeitsprobleme in Europa zentral mit der Frage zu tun haben, ob wir Befähigungsgerechtigkeit verwirklichen und ob wir unsere Bildungssysteme so organisieren, dass sie gleichen Zugang zur Befähigung und Beteiligung in Gang bringen.

Das vierte Kriterium ist Solidarität. Dies ist ein in den letzten Jahrzehnten besonders gering geschätztes Kriterium, dessen Bedeutung jetzt wieder ins Bewusstsein rückt. Wenn es um eine Bank geht, deren Namen ich jetzt gar nicht nenne, dann ist die Aussage, diese Bank sei systemrelevant und das rechtfertige eine staatliche Stützung in welcher Höhe auch immer, sofort bei der Hand. Dies wird nicht mit der Aussage verbunden, staatliche Subventionen seien marktwirtschaftswidrig. Wenn es um ein Unternehmen geht, bei dem 26.000 Arbeitsplätze in Frage stehen, haben die betroffenen Menschen das Gefühl, im Blick auf ihre Situation werde mit ganz anderen Kriterien vorgegangen, wenn gesagt wird, es sei systemwidrig, ein solches Unternehmen zu unterstützen. Aber dass es eine Verantwortung gibt für 26.000 Arbeitsplätze, die nicht geringer sein kann als die Verantwortung für eine systemrelevante Bank, das müsste doch deutlich sein.

Mein letztes Stichwort heißt Nachhaltigkeit. Ich bin ja schon glücklich, in manchen Äußerungen zu hören, wenn wir durch die Krise hindurch sein werden, müssten wir auch wieder anfangen, über Nachhaltigkeit nachzudenken. Doch in der Krise zähle nur das aktuell Notwendige. Indessen wird in dieser Krise sehr viel unternommen, was mit dem Maßstab der Nachhaltigkeit nicht vereinbar ist. Wir waren stolz auf eine fiskalpolitische Entwicklung, bei der die Neuverschuldung zurückgefahren wurde. Doch auf die Frage, was mit den enormen Schulden passiert, die sich in der Zwischenzeit zu 1.650.000.000.000,00 EUR bei den öffentlichen Händen der Bundesrepublik Deutschland summieren, lässt sich so leicht keine Antwort bekommen. Ebenso wenig auf die Frage, was das für die nächste Generation bedeutet. Ich werde bei der Auskunft, die Soziale Marktwirtschaft sei ein gutes Modell – auch in der Frage, wie wir durch diese Krise hindurch kommen – immer nervöser, weil es nach meiner Überzeugung höchste Zeit dafür ist, Nachhaltigkeit als eine Grunddimension von sozialer Verantwortung in unsere Vorstellung von Sozialer Marktwirtschaft aufzunehmen.

DROHENDE ÜBERSCHÄTZUNG DER POLITIK

Ein letzter Punkt sei nur noch als eine Art Fußnote oder auch als ein Stoßseufzer hinzugefügt: Wir haben in den letzten Monaten etwas erlebt, womit niemand von uns so gerechnet hat, nämlich einen plötzlichen Schwenk von der Unterschätzung zur Überschätzung der Politik. Ein Pendelausschlag ist das, bei dem eigentlich alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, dass das Pendel mit einer ziemlichen Massivität auch wieder in die andere Richtung zurückschlagen wird. So, wie die Unterschätzung dazu beigetragen hat, Probleme zu erzeugen, mit denen wir uns jetzt herumschlagen, so muss man doch auch befürchten, dass die Überschätzung Erwartungen und Hoffnungen weckt, die sich als unerfüllbar erweisen werden. Das ist übrigens auch ein Grund dafür, dass ich mit der Formel von der Krise als Chance so zurückhaltend umgehe.

Wir müssen jetzt miteinander darüber nachdenken, was man tun kann, damit wir nicht eine Politikverdrossenheit jetzt schon programmieren, deren Ausmaße möglicherweise noch schlimmer werden als die Ausmaße der Politikverdrossenheit, die wir hinter uns haben. Um das zu vermeiden, ist es unerlässlich, dass die Politik ein klares Bild von der Art gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickelt, für das wir miteinander eintreten. Dabei muss auch deutlicher gesagt werden, welche Gestalt das Europa haben soll, für das wir uns einsetzen. Bei all dem sollten wir die nach wie vor trefflichste Beschreibung dessen in Erinnerung behalten, was Politik überhaupt ist, nämlich Max Webers Beschreibung der Politik als geduldigem Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.

DIE AUTOREN

Bischof Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Prof. Dr. Rolf J. Langhammer, Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel

Dr. Norbert Röttgen, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Michael Thielen, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Taavi Veskimägi, Mitglied des estnischen Parlaments, ehemaliger Finanzminister Estlands

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Christina Langhorst
Kordinatorin Internationale Wirtschaftspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Tel.: +49(0)-30-2 69 96-35 17
E-Mail: christina.langhorst@kas.de*

*Susanna Vogt
Referentin Globale Wirtschafts- und Sozialordnung
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Tel.: +49(0)-30-2 69 96-33 19
E-Mail: susanna.vogt@kas.de*